



*Der Beitrag der Europäischen  
Kommission  
zum Europäischen Rat*

**Bürgerdialoge  
und Bürgerkonsultationen**  
**Fortschrittsbericht**

*11. Dezember 2018*

# Inhalt

Die Europäerinnen und Europäer haben Erwartungen.....	3
1. Eine offene, ehrliche und europaweite Debatte .....	4
1.1 In ständigem Dialog mit den Bürgern.....	5
1.2 Hinein ins Herz Europas.....	13
2. Hohe Erwartungen .....	17
2.1 Eine dynamische Wirtschaft.....	20
2.2 Ein Europa, das schützt.....	22
2.3 Bewältigung der Migration.....	24
2.4 Klima- und Umweltschutz .....	26
2.5 Eine stärkere EU in der Welt.....	26
2.6 Ein Europa der Werte.....	30
2.7 Eine Perspektive für die jüngere Generation.....	33
Spürbare Fortschritte.....	33

# **Die Europäerinnen und Europäer haben Erwartungen**

*Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission*

Die Europäische Union ist in erster Linie eine Union der Bürger. Sie sind das Herz, die Seele und die treibende Kraft unseres Projekts. Und sie müssen im Zentrum der Union von morgen stehen und bei der Gestaltung der Zukunft ihrer Union mitreden und mitentscheiden können. Die Europäische Union muss stärker und geeinter werden, aber dies ist nur möglich, wenn sie demokratischer wird.

Bei meinem Amtsantritt habe ich versprochen, die Menschen an die erste Stelle zu setzen. Dafür zu sorgen, dass jede Stimme zählt und jede Meinung gehört wird. Debatte und Dialog waren vom ersten Tag an Teil der Arbeit dieser Kommission. Wir haben einen ständigen Dialog mit den Bürgern in Gang gesetzt, und mein gesamtes Team aus Kommissionsmitgliedern und hohen Kommissionsbediensteten ist in alle Teile unserer Union gereist, um Hoffnungen, Ängsten, Erwartungen und neuen Ideen Gehör zu schenken.

Die Rückmeldungen zu unseren Bürgerdialogen zeigen, wie interessiert die Europäerinnen und Europäer daran sind, nicht nur ihre Meinungen kundzutun, sondern auch daran, sich an Entscheidungen zu beteiligen und daran mitzuwirken, unsere Union vorwärts zu bringen. Die Kommission hat diesen Ruf vernommen und am 1. März 2017 das Weißbuch zur Zukunft Europas vorgelegt. Die verschiedenen möglichen Szenarien für unsere gemeinsame Zukunft haben eine umfassende Debatte darüber angestoßen, in welche Richtung sich Europa entwickeln sollte. Die EU-Führungsspitzen haben dies am 25. März 2017 in Rom bei der Feier unseres 60. Jahrestags mit ihrem Versprechen unterstützt, den Bürgerinnen und Bürgern zuzuhören und auf ihre Anliegen einzugehen. Seither hat die Kommission eine stärkere Beteiligung der Bürger an der Debatte über die Zukunft der Europäischen Union gefördert und neue Dialogformen entwickelt, um die Debatte flexibler und interaktiver zu gestalten, sie auch ins Internet zu verlagern und ein breiteres und vielfältigeres Publikum zu erreichen.

Bisher haben sich 160 000 Bürgerinnen und Bürger aller Nationalitäten, Altersgruppen, Rassen, Religionen und des gesamten politischen Spektrums an 1 200 Bürgerversammlungen in Rathäusern, Universitäten, Betrieben und an anderen Orten überall in unserer Union beteiligt.



**Jean-Claude Juncker**



# 1. Eine offene, ehrliche und europaweite Debatte

## 1.1 In ständigem Dialog mit den Bürgern



„Dieses Weißbuch soll eine ehrliche und umfassende Debatte mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber anstoßen, in welche Richtung sich Europa in den kommenden Jahren entwickeln sollte. Jede Stimme sollte gehört werden.“

Weißbuch zur Zukunft Europas, 1. März 2017

### Bürgerinnen und Bürger in Cadiz: Wie die Dialoge der Kommission begonnen haben

Im Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013 gab die Europäische Kommission den Startschuss für ihre Bürgerdialoge. Zu diesem Zeitpunkt befand sich unsere Union – 20 Jahre nach der vertraglichen Verankerung der Unionsbürgerschaft und im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament im darauffolgenden Jahr – in einer kritischen Phase.

In diesem Jahr veröffentlichte die Kommission einen Bericht über die Unionsbürgerschaft, um die Rolle, den Einfluss und die Erwartungen der Europäer näher zu betrachten. Dabei wurden einige der Elemente ermittelt, die die Bürgerinnen und Bürger bei der uneingeschränkten Ausübung ihrer Rechte behindern. Auch die Notwendigkeit, ihnen Europa näherzubringen und sie stärker einzubeziehen, trat dabei zutage.

In diesem Sinne hat die Kommission ihren allerersten Bürgerdialog veranstaltet, um sowohl mit Bürgern als auch mit nationalen und lokalen Politikern zu debattieren und sich auszutauschen. Am 27. September 2012 ist die damalige Vizepräsidentin Viviane Reding in der spanischen Hafenstadt Cadiz mit der lokalen Bevölkerung zusammengetroffen, um über EU-Themen zu diskutieren; dabei gab es auch eine Online-Zuschaltung, über die die Frage #QuéEuropaQueremos? beantwortet werden konnte.



Die Zukunft Europas liegt in den Händen aller Europäer. Sie unterliegt nicht dem Diktat der Staats- und Regierungschefs oder der Institutionen. Natürlich können unterschiedliche politische Entscheidungen unsere Union in viele verschiedene Richtungen lenken, aber eines ist sicher: Die EU muss ihren Bürgerinnen und Bürgern zuhören und das Gehörte in ihrem Handeln berücksichtigen.

Die Arbeit dieser Europäischen Kommission war schon vor ihrem Amtsantritt auf diesen Ansatz ausgerichtet: von dem auf 10 politischen Prioritäten basierenden Programm von Präsident Juncker bis hin zu dem Mandatsschreiben, das allen Kommissionsmitgliedern am Beginn ihrer Amtszeit

übermittelt wurde und in dem sie ausdrücklich dazu aufgerufen wurden, „in den Mitgliedstaaten politisch aktiv zu sein und den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu suchen, die gemeinsame Agenda vorzustellen und zu erläutern, neuen Ideen gegenüber aufgeschlossen zu sein und mit den Interessenträgern in Kontakt zu treten.“



## VOM WEISSBUCH ZUR ZUKUNFT EUROPAS ZUR TAGUNG IN SIBIU

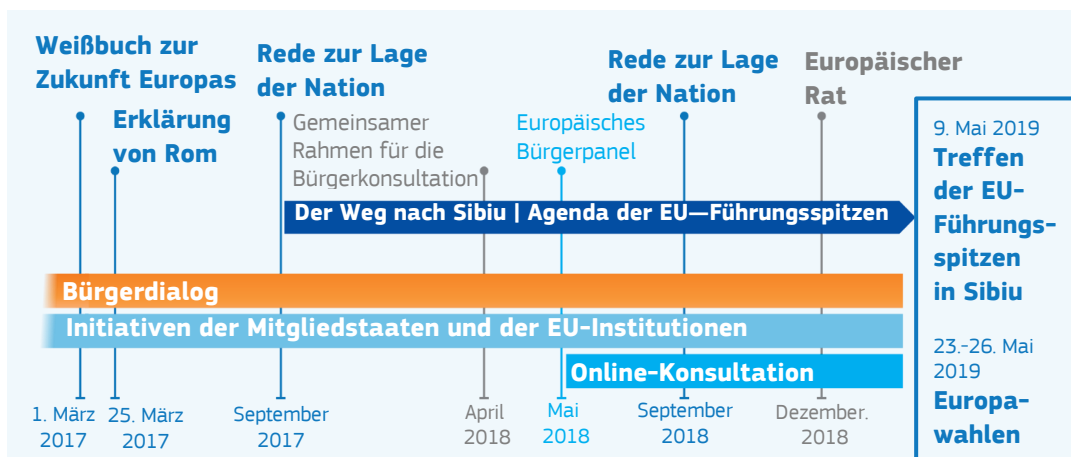
Die Europäische Kommission hat dieses Versprechen gehalten. Dies kommt am besten durch die Debatte zum Ausdruck, die mit dem von Präsident Juncker am 1. März 2017 vorgelegten Weißbuch zur Zukunft Europas eröffnet wurde. Das Weißbuch enthielt fünf mögliche Szenarien für die Zukunft der Union der 27. „Weiter wie bisher“, „Schwerpunkt Binnenmarkt“, „Wer mehr will, tut mehr“, „Weniger, aber effizienter“, „Viel mehr gemeinsames Handeln“. Damit ist keine Verbindlichkeit und auch kein Anspruch auf Vollständigkeit verbunden, und sie schließen einander auch nicht aus, denn je nach Politikfeld können Elemente aus jedem der Szenarien miteinander kombiniert werden. Sie wurden als Grundlage für eine umfassende Debatte über die Zukunft unserer Union entwickelt, in der die Menschen die von ihnen bevorzugte Option oder ihre eigene Vision zum Ausdruck bringen können. Präsident Juncker zufolge wird mit dem Weißbuch ein neuer Ansatz verfolgt: „debattieren, nicht diktieren“. Die Debatte diente dazu, die Aufmerksamkeit der europäischen Führungspitzen und Institutionen auf die wichtigsten Politikfelder und Prioritäten für unsere Zukunft zu konzentrieren.



Am 25. März 2017 kamen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zur Feier des 60. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge zusammen, um auf die bisherigen Errungenschaften zurückzublicken und darüber zu diskutieren, wie unsere gemeinsame Zukunft aussehen könnte und sollte. Sie versprachen, „unseren Bürgerinnen und Bürgern zuzuhören, wenn sie ihre Anliegen zum Ausdruck bringen, und auf diese Anliegen einzugehen“, und mit den nationalen Parlamenten zusammenzuarbeiten. Darauf folgte die Veröffentlichung einer Reihe von Reflexionspapieren zu einigen der dringendsten und wichtigsten Themen für unsere Zukunft.

SZENARIEN					
	<b>Weiter wie bisher</b>	<b>Schwerpunkt Binnenmarkt</b>	<b>Wer mehr will, tut mehr</b>	<b>Weniger, aber effizienter</b>	<b>Viel mehr gemeinsames Handeln</b>
WAS BEDEUTET DAS ALLES?	Die EU der 27 setzt die aktuelle Reformagenda um und baut sie aus. Die Prioritäten werden regelmäßig aktualisiert, Probleme werden angegangen, sobald sie auftreten, und neue Rechtsvorschriften werden dementsprechend eingeführt.	Die EU der 27 vertieft lediglich Schlüsselaspekte des Binnenmarktes.	Die EU der 27 ermöglicht es willigen Mitgliedstaaten, in bestimmten Politikbereichen mehr gemeinsam zu tun. Dann vereinbaren Mitgliedstaaten spezifische rechtliche und haushaltspolitische Vorkehrungen zur Vertiefung ihrer Zusammenarbeit. Im Laufe der Zeit können sich weitere Mitgliedstaaten anschließen.	Die einvernehmliche Einsicht, dass bestimmte Prioritäten gemeinsam besser anzugehen sind, bewirkt, dass die EU der 27 ihre Aufmerksamkeit und ihre Ressourcen darauf ausrichtet, in ausgewählten Politikfeldern mehr und schneller Ergebnisse zu erzielen, während sie in anderen Bereichen ihre Maßnahmen einstellt oder zurückfährt.	Die Mitgliedstaaten teilen in sämtlichen Politikfeldern mehr Kompetenzen und Ressourcen und treffen Entscheidungen gemeinsam, der Euro wird gestärkt, und auf EU-Ebene getroffene Beschlüsse werden rasch durchgesetzt.

Gleichzeitig kann unsere Zukunft nicht nur ein Szenario oder ein Wunschziel bleiben. Wir müssen sie durch politische Visionen, Entscheidungen und politische Maßnahmen aktiv gestalten. Deshalb hat Präsident Juncker in seiner Rede zur Lage der Union 2017 die Debatte aufgegriffen und erste Antworten und Vorschläge für unsere Zukunft präsentiert und seine Vision dargelegt. Inspiriert von den Ideen der Bürgerinnen und Bürger legte er einen Fahrplan für eine enger vereinte, stärkere und demokratischere Union vor. Er stellte eine Reihe von Schritten zur Verwirklichung dieses Ziels vor; Höhepunkt wird die informelle Sondertagung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 9. Mai 2019 in Sibiu sein, wo die strategische Agenda 2019-2024 vorbereitet und eine Perspektive für die Zukunft der EU der 27 eröffnet werden soll.







„Wir werden gemeinsam daran arbeiten, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das europäische Projekt wiederzugewinnen.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 2014

## DIE BÜRGERDIALOGE

Die Bürgerdialoge sind ein wichtiges Mittel, um in der Debatte über die Zukunft der Union neuen Stimmen Gehör zu verschaffen und neue Ideen einzubringen. Diese von der Europäischen Kommission konzipierten und im Stil kommunaler Bürgerversammlungen veranstalteten Treffen ermöglichen es Bürgerinnen und Bürgern aus allen Bevölkerungsschichten, mit den Menschen, die in ihrem Dienst stehen, zu debattieren, sich auszutauschen und offen mit ihnen zu sprechen. Zu den Teilnehmern gehörten Mitglieder der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments, des Ausschusses der Regionen und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses genauso wie Vertreter europäischer, nationaler, regionaler oder lokaler Behörden.



Die zentrale Botschaft lautet, dass die Europäer die Zukunft ihrer Union gestalten wollen. Sie wollen ihre Ideen mitteilen und sagen, wie Europa gestärkt werden kann. Diese Dynamik und dieses Interesse an der Debatte sind an den Zahlen ablesbar.

Die Zahl der Bürgerdialoge hat nach Vorlage des Weißbuchs zur Zukunft Europas deutlich zugenommen, aber wir müssen diese Dynamik auch aufrechterhalten. Daher hatte die Europäische Kommission im Februar 2018 ihre Absicht bekundet, das Ziel von 1 000 Bürgerdialogen zu erreichen. Mit weit über 1 200 bereits stattgefundenen Dialogen und 160 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde dieses Ziel weit überschritten. Die Wirkung ist bereits in der Arbeit der

Kommission und anderer Institutionen zu erkennen. So spiegeln beispielsweise die Vorschläge der Kommission für einen neuen langfristigen Haushalt und die anschließenden Diskussionen unter den Mitgesetzgebern die Prioritäten und Ambitionen wider, die die Bürger in der Debatte über das Weißbuch zum Ausdruck gebracht haben.

Bei den meisten Bürgerdialogen teilt sich die Europäische Kommission die Bühne mit einer Persönlichkeit der nationalen, regionalen oder lokalen Ebene. Insgesamt haben 102 Mitglieder des Europäischen Parlaments, 195 nationale Politikerinnen und Politiker (darunter Staats- und Regierungschefs, Minister und Ministerinnen sowie Mitglieder der nationalen Parlamente) und 91 Regionalpolitiker an solchen Veranstaltungen teilgenommen. Dies spiegelt das gemeinsame Engagement für Europa und die Notwendigkeit wider, bei der Kommunikation über die Vorteile, die Europa für alle bringt, die Kräfte zu bündeln.



Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, Joseph Muscat, Premierminister Maltas, und Karmenu Vella, Kommissar für maritime Angelegenheiten und Fischerei. Valletta, Malta, 29. März 2017



Margrethe Vestager, Kommissarin für Wettbewerbspolitik, und Bruno Le Maire, französischer Minister für Wirtschaft und Finanzen, gemeinsam auf der Bühne. Straßburg, Frankreich, 23. Oktober 2018.

Die Europäische Kommission entwickelt derzeit neue Formate für Bürgerdialoge, darunter grenzüberschreitende Veranstaltungen mit Bürgerinnen und Bürgern aus zwei oder drei Mitgliedstaaten, sowie Online-Dialoge über Facebook Live und andere Kanäle. Es wurden neue Partnerschaften aufgebaut, um diese neuen Debatten bestmöglich zu nutzen, insbesondere durch die organisatorische Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten.



Grenzüberschreitender deutsch-polnischer Bürgerdialog vom 24. Mai 2018 in Frankfurt/Oder, Deutschland, mit Frans Timmermans, Erster Vizepräsident der Europäischen Kommission, Elżbieta Polak, Woiwodschaftsmarschallin von Lubusz, und Stefan Ludwig, Minister der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg



Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit Vytenis Andriukaitis in Zagreb, Kroatien, 17. May 2018. Die Wirkung der Bürgerdialoge wird durch die sozialen Medien verstärkt.

## BÜRGERDIALOGE IN DER GESAMTEN EU

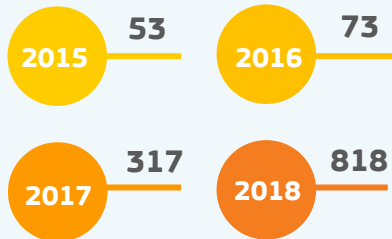


## Die Bürgerdialoge in Zahlen

(einschließlich 24 Facebook-Live-Bürgerdialogen)



1261 Dialoge  
in 405 Städten

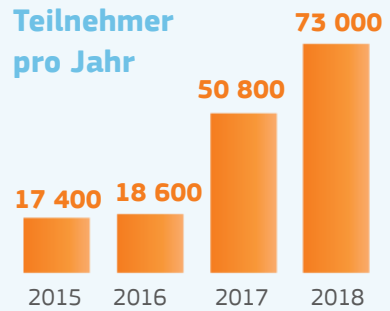


## Öffentlichkeitswirkung insgesamt seit 2015



160 000  
Teilnehmer  
insgesamt

### Teilnehmer pro Jahr



mehr als  
37,2 Mio.  
Aufrufe in den  
sozialen Medien



1,4 Millionen  
Zuschauer  
über  
Livestream



248 Millionen  
Menschen  
potenziell über die  
Medien erreichbar

## Bürgerdialoge seit Amtsantritt der Juncker-Kommission





## 1.2 Hinein ins Herz Europas



„Ich bin zudem der Meinung, dass wir die nationalen Parlamente und die Zivilgesellschaft auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene in den kommenden Monaten an der Arbeit am Europa der Zukunft beteiligen sollten.“

Jean-Claude Juncker, Rede zur Lage der Union 2017, 12. September 2017

Das Ziel der Debatte über die Zukunft Europas besteht letztendlich darin, Meinungen und Ideen aus allen Winkeln Europas – von Ost bis West und von Nord bis Süd – zu hören. Von Menschen, die das EU-Alphabet kennen, bis hin zu Menschen, für die die EU noch ein Buch mit sieben Siegeln ist. Jede Stimme zählt.

Deshalb hat sich die **Europäische Kommission** darauf konzentriert, die Öffentlichkeit auf verschiedenen Wegen zu erreichen und Partnerschaften mit allen anderen interessierten Institutionen und Mitgliedstaaten einzugehen.

Dieser Aufruf ergab zahlreiche Reaktionen. So hat das **Europäische Parlament** eine Reihe hochkarätig besetzter Diskussionsrunden über die Zukunft Europas mit den Staats- und Regierungschefs gestartet.

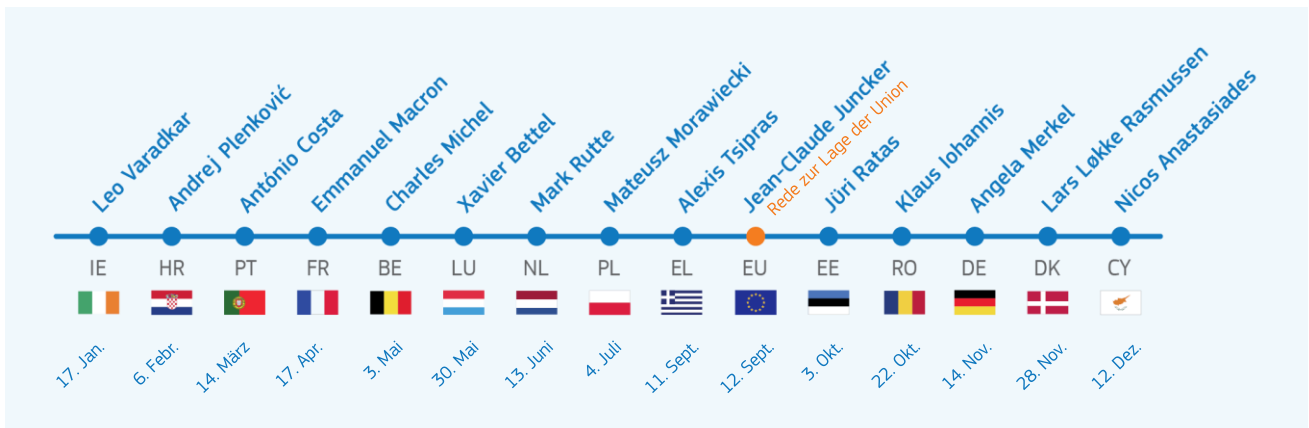


Präsident Juncker und Präsident Macron unterstützen die Debatte über die Zukunft Europas – © Europäische Union

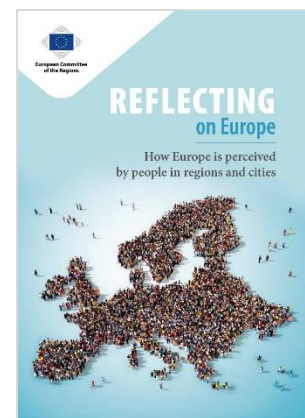


Taoiseach Leo Varadkar war der erste Regierungschef, der im Europäischen Parlament über die Zukunft Europas debattiert hat – © Europäische Union

## Liste der hochkarätig besetzten Debatten des Europäischen Parlaments



Der **Ausschuss der Regionen** hat diese Debatte im Zuge der Initiative „Nachdenken über Europa“ in europäischen Regionen, Städten und Kommunen geführt. Der Ausschuss der Regionen und der **Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss** haben wichtige Initiativen ins Leben gerufen, um den Bürgern Gehör zu schenken. Gleich wer derartige Initiativen organisiert, ob die Europäische Kommission oder andere Institutionen, nationale, regionale und lokale Behörden oder die Zivilgesellschaft: alle haben denselben Zweck und ergänzen einander optimal.



*Bericht des Europäischen Ausschusses der Regionen*

Mehrere **europäische Staats- und Regierungschefs**, darunter Präsident Macron, Bundeskanzlerin Merkel und viele andere, haben neue Schritte unternommen, um die Debatte über die Zukunft Europas zu stärken.



*Bundeskanzlerin Merkel begrüßt das Konzept eines ständigen Bürgerdialogs – © Bundesregierung / Steins*



*Bundeskanzler Kurz. Der österreichische Vorsitz des Europäischen Rates spielte eine entscheidende Rolle bei der Koordinierung der Mitgliedstaaten – © BKA / Dragan Tatic*

Gemäß dem Ansatz der Kommission zur Förderung von Transparenz, Pluralismus und Offenheit billigten 27 Mitgliedstaaten im März 2018 einen Gemeinsamen Rahmen für die Bürgerkonsultationen. Dieser entsprach voll und ganz dem Ansatz der Kommission für Transparenz, Pluralismus und Offenheit.

Zur Unterstützung dieses Prozesses hat die Europäische Kommission eine einzigartige Initiative der partizipativen Demokratie ins Leben gerufen, in deren Rahmen die Bürgerinnen und Bürger selbst Fragen für eine Online-Konsultation über die Zukunft Europas verfassen. Die Europäische Kommission arbeitete mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss zusammen, um ein **Bürgerpanel** aus 96 Personen aus allen EU-27-Mitgliedstaaten zusammenzustellen. Sie wurden von einem unabhängigen Meinungsforschungsinstitut so ausgewählt, dass sie die Vielfalt der soziodemografischen Verhältnisse sowie der Meinungen über die Europäische Union widerspiegeln. Zwei Tage lang diskutierten, verhandelten und erarbeiteten sie im Mai 2018 eine Reihe von Fragen, die den Europäern gestellt werden sollten.



Der vom Bürgerpanel erstellte Fragebogen bildete die Grundlage für eine **Online-Konsultation**, die am 9. Mai 2018 in allen Amtssprachen der EU gestartet wurde.



**Eine europaweite  
mehrsprachige Konsultation**



**12 Fragen  
(geschlossene und offene  
Fragen)**



**unterstützt durch  
Aktivitäten in den sozialen  
Medien**

Es sind bereits mehr als 76 000 Beiträge eingegangen. Neben den Antworten auf die „geschlossenen“ Fragen, die sich auf einige der Schlüsselthemen für unsere Zukunft konzentrieren, enthalten die meisten davon qualitative Anmerkungen und Ideen.

Dies wurde durch eine Eurobarometer-Sonderumfrage über die Zukunft Europas ergänzt, die zwischen dem 24. Oktober und dem 7. November 2018 mit einer repräsentativen Stichprobe von 27 339 Unionsbürgerinnen und -bürgern durchgeführt wurde.



## ONLINE-KONSULTATION

		Zahl der Beiträge
Frankreich		22 869
Deutschland		10 021
Ungarn		7 830
Spanien		5 419
Polen		4 249
Belgien		4 187
Italien		4 089
Portugal		1 948
Rumänien		1 408
Niederlande		1 353
Vereinigtes Königreich		1 347
Österreich		1 149
Irland		867
Griechenland		844
Slowakei		844
Tschechische Rep.		718
Schweden		683
Bulgarien		672
Finnland		421
Kroatien		407
Luxemburg		319
Dänemark		299
Slowenien		235
Zypern		178
Malta		165
Litauen		146
Lettland		109
Estland		68
Nicht-EU-Länder		726
Ohne Angabe		2 572
<b>Insgesamt</b>		<b>76 142</b>

(Stand: 7.12.2018)



## **2. Hohe Erwartungen**



„Die Ideen und die Entschlossenheit von Hunderten Millionen Europäern werden der Katalysator unseres Fortschritts sein.“

Weißbuch zur Zukunft Europas, 1. März 2017

Trotz der Vielfalt ihrer Formate und Teilnehmer kommen in den Dialogen bestimmte Themen immer wieder zur Sprache.

Insgesamt nehmen die Teilnehmer die Europäische Union eher positiv wahr. Sie sehen die EU als Schlüssel zur **Lösung von Problemen**. Es gibt auch Sorgen und Frustrationen. Die Frage, wer wofür zuständig sein sollte, wird häufig angesprochen. Die Bürgerinnen und Bürger sind der Meinung, dass zentrale Herausforderungen durch gemeinsames Handeln auf europäischer und nationaler Ebene effizienter angegangen werden können. Die meisten von ihnen sind tendenziell für eine stärkere Harmonisierung auf europäischer Ebene, zum Beispiel im Bereich Umweltschutz und Lebensmittelsicherheit. Aber die meisten erwarten und fordern auch **Reformen, um die Union effizienter und transparenter zu machen**.

Auf die Frage „*Welche Entscheidungen auf europäischer Ebene würden Sie zu einer stolzeren EU-Bürgerin bzw. einem stolzeren EU-Bürger machen?*“ nennen viele der Online-Teilnehmer **globale Herausforderungen** wie Außenpolitik und Verteidigung, Migration oder Umwelt und Klimawandel.

Auch **wirtschaftliche und soziale Themen** werden häufig angesprochen. Die Notwendigkeit einer dynamischen Wirtschaft, die sich auf den digitalen Bereich, Forschung und Innovation sowie einen stabilen Euro-Raum konzentriert, ist ein wichtiges Thema – ebenso wie der deutliche Wunsch nach einem hohen Maß an Fairness und Schutz.

Europa wird auch als **ein Kontinent der Werte** wahrgenommen, wo Rechtsstaatlichkeit, die Bekämpfung von Korruption und die Nichtdiskriminierung geschützt werden müssen.



Online-Konsultation

„Welche Entscheidungen auf europäischer Ebene würden Sie zu einer stolzeren EU-Bürgerin bzw. einem stolzeren EU-Bürger machen?“  
 [Häufigste Wörter in den Antworten]

Einige wünschen sich, dass sich die Europäische Union auf die Themen konzentriert, die bereits im Mittelpunkt der europäischen Agenda stehen, insbesondere die zehn politischen Prioritäten der Juncker-Kommission. Einige wissen nicht, was in diesen Bereichen bereits getan wird, und viele würden es begrüßen, wenn ihnen die EU besser verständlich gemacht würde.

Beim Bürgerpanel, das im Mai 2018 zusammengekommen war, gehörte der Brexit nicht zu den wichtigsten Themen, die die Teilnehmer diskutieren wollten. Der Brexit wird in den Bürgerdialogen zwar erwähnt, häufig aber in Bezug auf die Auswirkungen, die er auf den EU-Haushalt und die Wirtschaft anderer Mitgliedstaaten haben wird.





## 2.1 Eine dynamische Wirtschaft

In diesem Zusammenhang wird oft thematisiert, dass **Forschung und Innovation** vorrangig gefördert werden sollten, und es wird die Frage aufgeworfen, wie **Finanzierung und Investitionen** besser zugänglich gemacht werden können.

Einer aktuellen Eurobarometer-Studie von November 2018 zufolge wird die Wirtschafts- und Währungsunion von knapp drei Vierteln der Bevölkerung des **Euro**-Raums befürwortet. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerdialoge erkennen zwar deutlich den Nutzen des Euro, sie bringen ihn aber manchmal mit Preisanstiegen in Verbindung oder äußern sich besorgt über die Instabilität infolge von Regelverstößen.

Die **Freizügigkeit** innerhalb der Europäischen Union wird von einer großen Mehrheit als Trumpf für die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger selbst wahrgenommen, die in einem anderen Mitgliedstaat wohnen, arbeiten, eine Ausbildung machen und unternehmerisch tätig werden können.

**Binnenmarkt und Welthandel** werden überwiegend als Chance für Unternehmen und Verbraucher wahrgenommen. Einige Teilnehmer wünschen sich mehr Freihandelsabkommen; ein beträchtlicher Teil von ihnen hat jedoch Angst vor unfairem Wettbewerb und dem Einfluss internationaler Konzerne.

**Die digitale Wirtschaft ist ein häufig genannter Begriff** – es wird erwartet, dass die Europäische Union das Wachstum der Branche sicherstellt, den Datenschutz gewährleistet und die dominante Position der Marktriesen reguliert.

“ Die EU sollte sicherstellen, dass Unternehmer und Start-ups in allen Ländern und Regionen Zugang zu dem Risikokapital haben, das sie benötigen, um ihre Ideen auf den Markt zu bringen.

Bürgerdialog in Varna, Bulgarien

Wir brauchen EU-Finanzierungsinstrumente, die junge Unternehmer in Anspruch nehmen können, um zu expandieren.

Bürgerdialog in Opole, Polen

”

“ Die künstliche Intelligenz wird immer wichtiger, also sollte sich die EU dieser Entwicklung anschließen.

Bürgerdialog in Straßburg, Frankreich

---

## Wussten Sie schon, dass

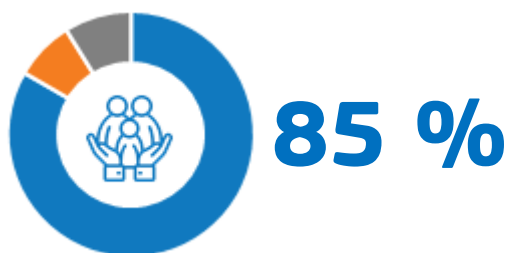
- ... im Rahmen des Juncker-Plans vom November 2014 zusätzliche Investitionsmittel in Höhe von 360 Mrd. EUR für ganz Europa bereitgestellt wurden und 850 000 kleine und mittlere Unternehmen einen besseren Zugang zu Finanzmitteln erhalten sollen?
  - ... seit dem Antritt der Juncker-Kommission in der Europäischen Union mehr als 12 Mio. Arbeitsplätze geschaffen wurden?
  - ... die Unternehmen in der Europäischen Union dank der Wirtschaftspartnerschaft mit Japan knapp 1 Mrd. EUR an Zollabgaben einsparen?
  - ... bis 2020 mehr als 10 Millionen Europäerinnen und Europäer einen Arbeitsplatz in der Datenwirtschaft der EU gefunden haben werden? Die Europäische Union setzt eine Strategie für den Ausbau der digitalen Wirtschaft und für die Förderung ihrer positiven Auswirkungen auf das Leben der Menschen um.
-



## 2.2 Ein Europa, das schützt

Bei den Bürgerdialogen haben gesellschaftliche Grundsatzfragen für hitzige Debatten gesorgt. So fordern die Teilnehmerinnen und Teilnehmer häufig eine Stärkung der **sozialen Rechte** und stellen Fragen zum geschlechtsspezifischen Lohngefälle, zur Elternzeit und zu anderen sozialen Themen.

Bei der Eurobarometer-Umfrage vertreten nicht weniger als 85 % der Teilnehmer die Ansicht, dass die **freie Marktwirtschaft** mit einem hohen Sozialschutz einhergehen sollte.



**fordern, dass die freie Marktwirtschaft mit einem hohen Sozialschutz einhergehen sollte.**

*Eurobarometer, November 2018*

Ein weiteres dominierendes Thema ist die **Gesundheit**. Große Sorgen bereitet die Zukunft: 72 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Eurobarometer-Umfrage befürchten, dass die Kinder von heute ein sehr viel schwereres Leben haben werden als ihre eigene Generation.

Einen hohen Stellenwert bei der Forderung nach Schutz nehmen die **Verbraucherrechte** ein. Häufig genannt werden Sicherheit und Qualität von Lebensmitteln, oftmals in Verbindung mit Ängsten infolge der Globalisierung. Die Bürgerinnen und Bürger vertreten die Ansicht, dass Handelsabkommen hohen Standards – auch im sozialen und im Umweltbereich – genügen müssen.



In erster Linie bezieht sich die Forderung nach einem Europa, das besser schützt, jedoch auf **Kriminalität und Sicherheit**. Bei der Frage, wie die Europäische Union das Leben der Bürgerinnen und Bürger vorrangig sicherer machen sollte, entschieden sich die Teilnehmer der Eurobarometer-Umfrage sehr viel häufiger für die Option „**Bekämpfung von Terrorismus und Radikalisierung**“ (66 %) als für „eine bessere Kontrolle der Außengrenzen“ (39 %).

“ *Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der gesamten Europäischen Union.*  
Online-Teilnehmer aus Österreich

Wie können die europäischen Werte wie der Umweltschutz durch die Handelspolitik gestärkt werden?  
Bürgerdialog in Helsinki, Finnland

”

“ Die EU hat die kleinen Leute (mit geringem Einkommen) vergessen. Das ist einer der Gründe, warum der Populismus zugenommen hat.  
Gemeinsam mit dem Europäischen Parlament veranstalteter Bürgerdialog in Bled, Slowenien

Ich finde, die EU sollte Maßnahmen erlassen, um diejenigen Regionen in der EU zu unterstützen, die den größten Entwicklungsbedarf haben, und keine Maßnahmen für Regionen, die bereits reich sind.  
Online-Teilnehmerin aus Bulgarien

”

“ Die für Korruptionsbekämpfung zuständige Staatsanwaltschaft auf EU-Ebene ansiedeln.  
Online-Teilnehmer aus Schweden

---

## Wussten Sie schon, dass

- ... im November 2017 die europäische Säule sozialer Rechte proklamiert wurde, mit der der Weg für ein sozialeres Europa in der Zukunft frei gemacht wurde?
- ... die Europäische Kommission bei der Aushandlung von Handelsabkommen mit Nicht-EU-Ländern dafür sorgt, dass sensible Branchen geschützt werden, und dass sie keine Zugeständnisse bei den Lebensmittelsicherheitsstandards macht? Bei den Verhandlungen handelt sie nach bestimmten Werten und Grundsätzen.
- ... die Verbraucherschutzmaßnahmen der Europäischen Union zu den am weitesten entwickelten der Welt gehören? Die Passagierrechte und die Abschaffung der Roaming-Gebühren sind Europa zu verdanken.
- ... mit den neuen Vorschriften über die Entsendung von Arbeitnehmern sichergestellt wird, dass gleiche Arbeit am gleichen Ort auch gleich entlohnt wird?
- ... die Zusammenarbeit der nationalen Akteure im Bereich der Arbeitskräftemobilität und bei der Bekämpfung des Missbrauchs der Vorschriften infolge der Einrichtung der Europäischen Arbeitsbehörde erleichtert wird?
- ... im Jahr 2017 mithilfe des Schengener Informationssystems rund 50 000 Verhaftungen herbeigeführt und 200 000 Kriminelle aufgespürt werden konnten?
- ... Europa dank der Datenschutz-Grundverordnung, die seit Mai 2018 in Kraft ist, nun die Region ist, in der der Schutz personenbezogener Daten (auch im digitalen Bereich) weltweit am weitesten entwickelt ist?



## 2.3 Bewältigung der Migration

Wenn Bürgerinnen und Bürger in ganz Europa über **Flüchtlingskrise**, Migration innerhalb der EU, entsendete Arbeitnehmer, Grenzkontrollen und Schengen diskutieren, geht es sehr emotional zu. Beim Bürgerpanel im Mai 2018 gab es keinen Konsens darüber, wie mit diesen Themen umgegangen werden sollte. Auch bei der Online-Konsultation tritt eine klare Gegensätzlichkeit bei den vertretenen Standpunkten zutage; sie spiegelt die Vielfalt der Meinungen wider, die die Europäerinnen und Europäer zu den Themen Migration und Asyl vertreten. Für manche müsste sich die Willkommenskultur der Europäischen Union im Sinne eines „würdigen Empfangs“ und einer „menschenswürdigen Migrationspolitik“ verbessern. Andere fordern die Politik auf, dem **Sterben** im Mittelmeerraum ein Ende zu setzen. Viele sprechen sich auch dafür aus, die **irreguläre Migration** abzustellen oder Migranten ohne geregelten Aufenthaltsstatus rückzuführen; andere dagegen wünschen sich, dass einfach alle Migranten rückgeführt werden.

Die Migration allgemein wie auch die Probleme, die sich dadurch für die Mittelmeerstaaten ergeben, werden bei vielen Bürgerdialogen in ganz Europa angesprochen. Ebenfalls thematisiert werden die **Integration** der Migrantinnen und Migranten sowie die **Zusammenarbeit** mit Nicht-EU-Ländern, insbesondere in Afrika.

Bei der Eurobarometer-Umfrage zur Zukunft Europas wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach für sie prioritären und den Europäerinnen und Europäern in den kommenden 20 Jahren zugutekommenden Maßnahmen im Bereich der Migration gefragt. Am häufigsten wurden die Antworten „Verbesserung der Situation in den Herkunftsländern der Migranten“ (45 %) und „Bekämpfung der illegalen Einwanderung“ (44 %) gewählt.

“ Wir erleben eine Migrationskrise. Was unternehmen die EU-Länder? Wir wissen alle, dass sie sich nicht einig sind. Was ist die Lösung?  
Bürgerdialog in Kopenhagen, Dänemark

Koordinierte Rettungseinsätze im Mittelmeer. Verteilung der Menschen, die im Rahmen des Asylrechts nach Schutz suchen, nach einem festen Schlüssel auf ALLE Mitgliedstaaten.  
Online-Teilnehmerin aus Belgien

”

“ Die irreguläre Migration abstellen, alle irregulären Migranten in das jeweilige EU-Transitland rückführen.  
Online-Teilnehmer aus der Slowakei

Verhindern, dass Wirtschaftsflüchtlinge aus sicheren Ländern überhaupt auf das europäische Festland gelangen.  
Online-Teilnehmer aus den Niederlanden

”

---

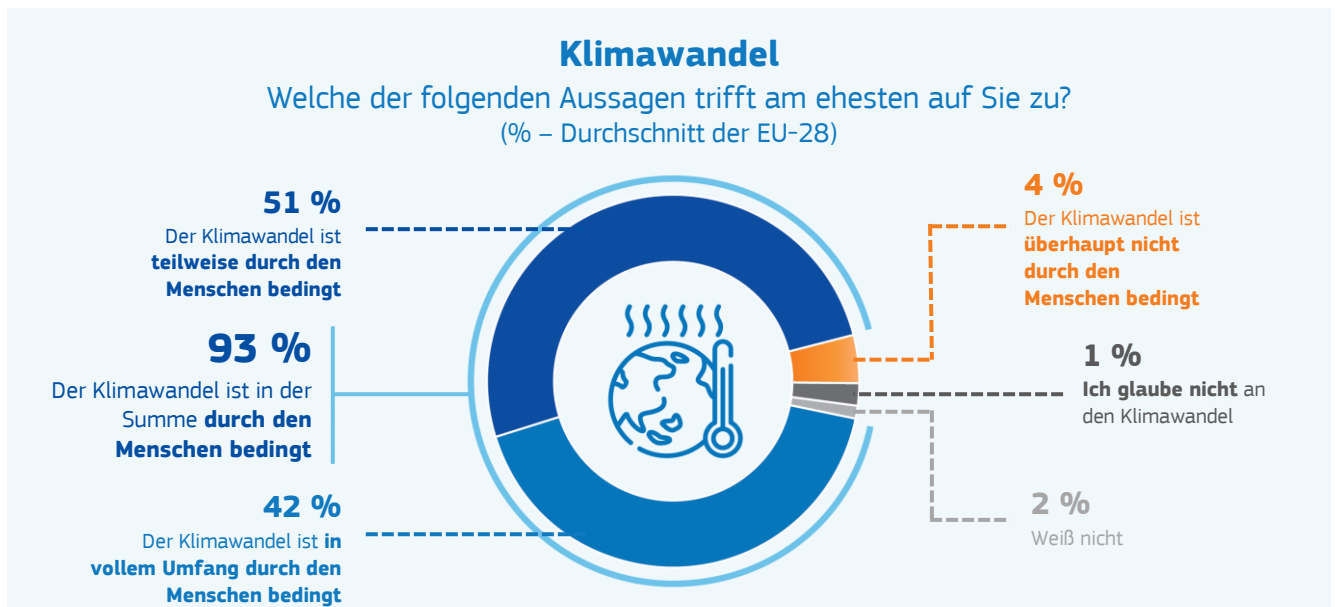
### Wussten Sie schon, dass

- ... dank den Operationen der Europäischen Union seit 2015 mehr als 690 000 Menschen aus dem Meer gerettet werden konnten?
  - ... die Zahl der eintreffenden irregulären Migranten gesunken ist? Auf der östlichen Mittelmeerroute ging die Zahl der Neuankömmlinge nach dem Inkrafttreten der Erklärung Europäische Union-Türkei um 97 % zurück und liegt heute noch immer um 90 % unter dem Höchststand von 2015. Auf der zentralen Mittelmeerroute sind die irregulären Migrationsströme um 80 % zurückgegangen.
  - ... die Europäische Kommission das Europäische Parlament und den Rat aufgefordert hat, den Vorschlägen der Kommission zuzustimmen, das Personal der Grenz- und Küstenwache um zusätzliche 10 000 Personen aufzustocken und das Asylsystem der EU zukunftssicher zu machen.
-



## 2.4 Klima- und Umweltschutz

Für viele Bürgerinnen und Bürger ist der Klimaschutz ein zentrales Anliegen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerdialoge wollten nicht nur mehr darüber wissen, wie die Europäische Union diese globale Herausforderung angeht, sondern auch darüber, welchen Beitrag sie selbst leisten können. Insgesamt haben die Europäerinnen und Europäer nur wenig oder gar keinen Zweifel daran, dass der Klimawandel wenigstens teilweise durch menschliche Aktivitäten bedingt ist.



*Eurobarometer, November 2018*

Das Übereinkommen von Paris und die Pläne zur Senkung der **Treibhausgasemissionen** sind ganz wichtige Themen für die Bürgerinnen und Bürger. Obwohl die Folgen des Klimawandels und der Umweltverschmutzung Anlass zu großer Besorgnis sind, wurden auch optimistische Aussagen zum Ausbau der **erneuerbaren Energien**, zu Investitionen in die grüne Wirtschaft und zu möglichen **Innovationen** zum Schutz der Umwelt verzeichnet.

Bei den Bürgerdialogen werden viele Fragen zum Thema **Müll** (insbesondere **Plastikmüll**), Biodiversität und Tierschutz, einschließlich der Auswirkungen der intensiven Landwirtschaft, sowie Tierquälerei und Tierversuche gestellt.

“ Wie kurbelt die EU Investitionen in Solarenergie und andere erneuerbare Energiequellen an?  
Bürgerdialog in Riga, Lettland

Wird die EU in Technologien zur Säuberung der Meere investieren?  
Bürgerdialog in Blankenberge, Belgien

”

“ Den Klimawandel eindämmen, Plastiksuppe in Flüssen verhindern.  
Online-Teilnehmerin aus den Niederlanden

---

## Wussten Sie schon, dass

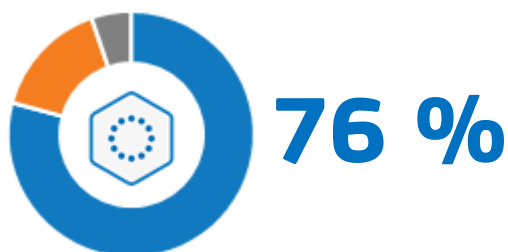
- ... die Treibhausgasemissionen in der Europäischen Union seit 1990 um 22 % gesenkt werden konnten?
  - ... sich die Europäische Union voll und ganz dem Pariser Klimaschutzübereinkommen verschrieben hat? Dieses enthält die rechtsverbindlichen Zielsetzungen, bis 2030 den Anteil der erneuerbaren Energieträger an der Energieerzeugung auf mindestens 32 % zu erhöhen und eine Energieeffizienz von 32,5 % zu erreichen.
  - ... die Europäische Kommission dazu aufgerufen hat, Europa bis zum Jahr 2050 in eine wohlhabende, moderne, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft umzuwandeln?
  - ... die Europäische Kommission auch die weltweit erste umfassende Strategie für Kunststoffe sowie konkrete Vorschläge für das Ersetzen von Einwegprodukten aus Kunststoff vorgelegt hat?
-



## 2.5 Eine stärkere EU in der Welt

Viele Bürgerinnen und Bürger fordern, dass die Europäische Union ihre außenpolitischen Maßnahmen stärker koordiniert und konsolidiert. Sie wünschen sich sowohl eine gemeinsame **Außenpolitik** als auch eine gemeinsame **Verteidigungspolitik**. Die Funktion der Hohen Vertreterin ist offensichtlich wenig bekannt, aber zahlreiche Teilnehmer diskutieren die Notwendigkeit eines gemeinsamen Außenministeriums.

Die Europäische Union wird häufig mit dem Rest der Welt verglichen und allgemein für die Rolle gelobt, die sie auf der internationalen Bühne spielt. So vertritt die Mehrheit der Eurobarometer-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer die Auffassung, dass **Frieden** ein Wert ist, den die Europäische Union besser verkörpert als andere Länder der Welt.



**betrachten die Europäische Union als Hort der Stabilität in einer unruhigen Welt.**

Das sind fünf Prozentpunkte mehr als im Jahr 2017  
und zehn Prozentpunkte mehr als 2016.

*Eurobarometer, November 2018*

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerdialoge verweisen häufig auf **andere Weltmächte** wie Russland, China und die Vereinigten Staaten. Sie wünschen sich, dass Europa ein gleich starker Akteur in der globalen geopolitischen Arena werden solle. Einige fordern, dass die Europäische Union **mit einer Stimme sprechen** müsse, und andere schlagen vor, die Außenpolitiken zusammenzulegen.

Andere gehen noch einen Schritt weiter und fordern die Abschaffung des Vetorechts der Länder in diesem Bereich.

“ Anderen Weltmächten wie Russland, China und den USA die Stirn bieten.  
Online-Teilnehmer aus Dänemark

Auf der internationalen Bühne mit einer Stimme sprechen.  
Online-Teilnehmerin aus Belgien

”

“ Eine gemeinsame europäische Armee. Abschaffung des Veto-Rechts der Mitgliedstaaten bei Außenpolitik und Menschenrechten. Entschiedenere Maßnahmen gegenüber Russland und China.  
Online-Teilnehmer aus Tschechien

Europa muss auf internationaler Ebene besser vertreten werden.  
Online-Teilnehmerin aus Frankreich

”

Wir brauchen einheitliche technische Standards in der Rüstungsindustrie, um Mittel einsparen und sie effizienter einsetzen zu können.  
Live-Dialog auf Facebook

---

## Wussten Sie schon, dass

- ... die Europäische Kommission in ihrem neuen langfristigen Haushaltsplan (2021-2027) einen Europäischen Verteidigungsfonds mit einer Mittelausstattung von 13 Mrd. EUR vorsieht, mit dem sie ihre strategische Autonomie ausbauen will, ohne der NATO Konkurrenz zu machen?
  - ... auf die Europäische Union mehr als die Hälfte der Entwicklungszusammenarbeit weltweit entfällt? Mit ihrer humanitären Hilfe erreicht die Europäische Union jedes Jahr rund 100 Millionen Menschen.
  - ... die Europäische Kommission eine echte Partnerschaft mit Afrika vorgeschlagen hat, die statt Wohltätigkeit auf Investitionen und Arbeitsplätze setzt?
-





## 2.6 Ein Europa der Werte

Europa wird in hohem Maße mit Werten assoziiert. Die Europäische Union wird überwiegend als Friedensprojekt und als Raum der **Freiheit** wahrgenommen, in dem die **Grundrechte** gewahrt werden. Die Wahrung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit wird von den Eurobarometer-Teilnehmerinnen und -Teilnehmern als größter Aktivposten der Europäischen Union gewertet, noch vor ihrer Position als Wirtschafts-, Industrie- und Handelsmacht.

Der Begriff der **Solidarität** ist ein dauerhafter Themenschwerpunkt. **Die Gleichstellung der Geschlechter und die Nichtdiskriminierung** werden als wesentliche Säulen unserer Gesellschaft angesehen.

Bei vielen Bürgerdialogen äußerten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer besorgt darüber, wie es in einigen Mitgliedstaaten um die **Rechtsstaatlichkeit** bestellt ist. Auch wurde gefordert, Europa solle weiter gegen die **Korruption** in den Mitgliedstaaten vorgehen, was für viele zum Thema Rechtsstaatlichkeit gehört.

Viele Teilnehmer diskutierten über die Funktionsweise der **europäischen Demokratie** in der heutigen Zeit. Das Konzept der europäischen Integration stößt nur bei einer kleinen Minderheit auf Ablehnung. Die europäischen Institutionen werden manchmal als zu **abgehoben**, zu **bürokratisch** oder zu nachsichtig mit Lobbys und großen Unternehmen eingestuft. Einerseits fordern die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass die Europäische Union mehr Maßnahmen zur Regelung wichtiger Themen erlässt, andererseits halten sie den Grundsatz der **Subsidiarität** hoch.

In einer Zeit, in der vielen das politische Klima in Europa und darüber hinaus Sorgen bereitet, erwarten die Bürgerinnen und Bürger von den europäischen Führungsspitzen, dass sie eine klare **Vision** für die Zukunft des Kontinents entwickeln. Sie fordern mehr **Transparenz** und wünschen

sich mehr Informationen über die Union und ihre Politikmaßnahmen, um sie besser verstehen und **Entscheidungen beeinflussen** zu können.

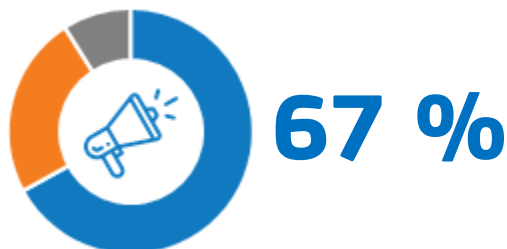
In einigen Beiträgen wird dazu aufgerufen, die Bürgernähe der Europäischen Union durch unmittelbare **Erfahrungen und Symbole** zu verbessern. Als Vorschläge wurden Kulturaustauschveranstaltungen, das Erlernen von Fremdsprachen und die Vermittlung europäischer Themen in der Schule genannt. Häufig wird auch auf die europäischen Symbole wie Flagge und Hymne verwiesen.

Einige Monate vor den Europawahlen verleihen einige Teilnehmer auch ihrer Befürchtung Ausdruck, der demokratische Prozess könne durch **Desinformation** und sonstige Formen der Manipulation beeinträchtigt werden.

“ Chancengleichheit unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Anschauung, Religion oder Vermögen.  
Online-Teilnehmer aus Rumänien

Überprüfung von Lobbies und Transparenz der Funktionsweise der europäischen Institutionen.  
Online-Teilnehmerin aus Frankreich

“ Was unternimmt die Europäische Union, um sicherzustellen, dass die großen multinationalen Konzerne ihre Steuern zahlen?  
Bürgerdialog in Berlin, Deutschland



**finden den Aufstieg der gegen die traditionellen politischen Eliten protestierenden Parteien in mehreren europäischen Ländern besorgniserregend.**

*Eurobarometer, November 2018*

“ Besorgnis angesichts der politischen Radikalisierung und des exponentiellen Anstiegs von Fremdenhass und Rassismus. Einige Bewegungen erinnern an das Vorkriegseuropa der 1930er Jahre.  
Online-Teilnehmerin aus Spanien

Wie lässt sich eine echte Informationsvielfalt erreichen, wenn soziale Plattformen die Inhalte für ihre Nutzer filtern?  
Bürgerdialog in Budapest, Ungarn



Die Führungsspitzen müssen es schaffen, das Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu wecken, damit sie an den politischen Entscheidungen teilhaben, die sich dann auf ihr Leben auswirken.

Online-Konsultation – Teilnehmer aus Griechenland

Vor den Wahlen zum Europäischen Parlament sind grenzübergreifende Dialoge und Gelegenheiten zum Meinungsaustausch für die Menschen sehr wichtig, damit sie die demokratische Funktionsweise der EU besser verstehen lernen.

Bürgerdialog in Pärnu, Estland



---

## Wussten Sie schon, dass

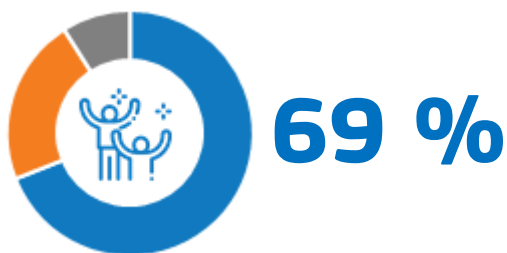
- ... die Europäische Kommission Maßnahmen trifft, um sicherzustellen, dass große Unternehmen dort ihren gerechten Anteil an Steuern zahlen, wo sie ihre Gewinne einfahren?
  - ... bei der Europäischen Kommission strenge Regeln für den Kontakt zu Interessengruppen gelten? Um die Transparenz weiter zu erhöhen, hat sie den Abschluss einer interinstitutionellen Vereinbarung vorgeschlagen.
  - ... die Europäische Kommission parallel zur Ausweitung der Bürgerdialoge vorgeschlagen hat, die europäische Bürgerinitiative zu reformieren, damit die Vorlage politischer Initiativen für die Bürgerinnen und Bürger einfacher wird?
  - ... mehrere konkrete Maßnahmen ausgearbeitet wurden, die gewährleisten sollen, dass die Wahlen zum Europäischen Parlament im kommenden Jahr auf freie, faire und sichere Weise abgehalten werden können? Dazu gehören mehr Transparenz bei politischer Werbung im Internet und mögliche Sanktionen bei rechtswidriger Nutzung personenbezogener Daten.
-



## 2.7 Eine Perspektive für die jüngere Generation

Als auf die Zukunft gerichtetes Projekt ist die Europäische Union untrennbar mit der Jugend verbunden. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterschiedlichen Alters setzen sich gedanklich mit der Zukunft der jüngsten Generationen auseinander.

In diesem Zusammenhang werden Themen wie **Mobilität**, **Bildung** und Austauschprogramme angesprochen. Als Beispiel wird immer wieder ausdrücklich auf **Erasmus** verwiesen.



**sind der Meinung, dass das europäische Projekt der Jugend eine Zukunftsperspektive bietet.**

*Eurobarometer, November 2018*

Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer schlagen die Einführung gemeinsamer Lehrpläne oder die Anerkennung von Bildungsabschlüssen vor und sind der Meinung, dass die **Schule** der geeignete Ort ist, um über Europa zu sprechen und der jungen Generation die **gemeinsamen Werte** zu vermitteln.

“ Höhere Investitionen in Bildung und Forschung.  
Online-Teilnehmer aus Schweden

Die Projekte für junge Menschen, Studienaustauschprogramme, Schülerinnen und Schüler, die aus allen europäischen Ländern kommen, vor allem über Erasmus, und alles, was wir sonst noch brauchen, um eine gemeinsame Kultur mit unterschiedlichen Sprachen zu erschaffen.  
Online-Teilnehmer aus Italien

”

“ Die EU sollte jüngere Menschen auf verständliche Art und Weise und auch über digitale Kommunikationskanäle ansprechen.  
Bürgerdialog in Bratislava, Slowakei

Die EU muss etwas gegen die Arbeitslosigkeit und vor allem gegen die Abwanderung von Fachkräften unternehmen, um jungen Menschen in Europa Chancen zu eröffnen.  
Bürgerdialog in Athen, Griechenland

”

---

## Wussten Sie schon, dass

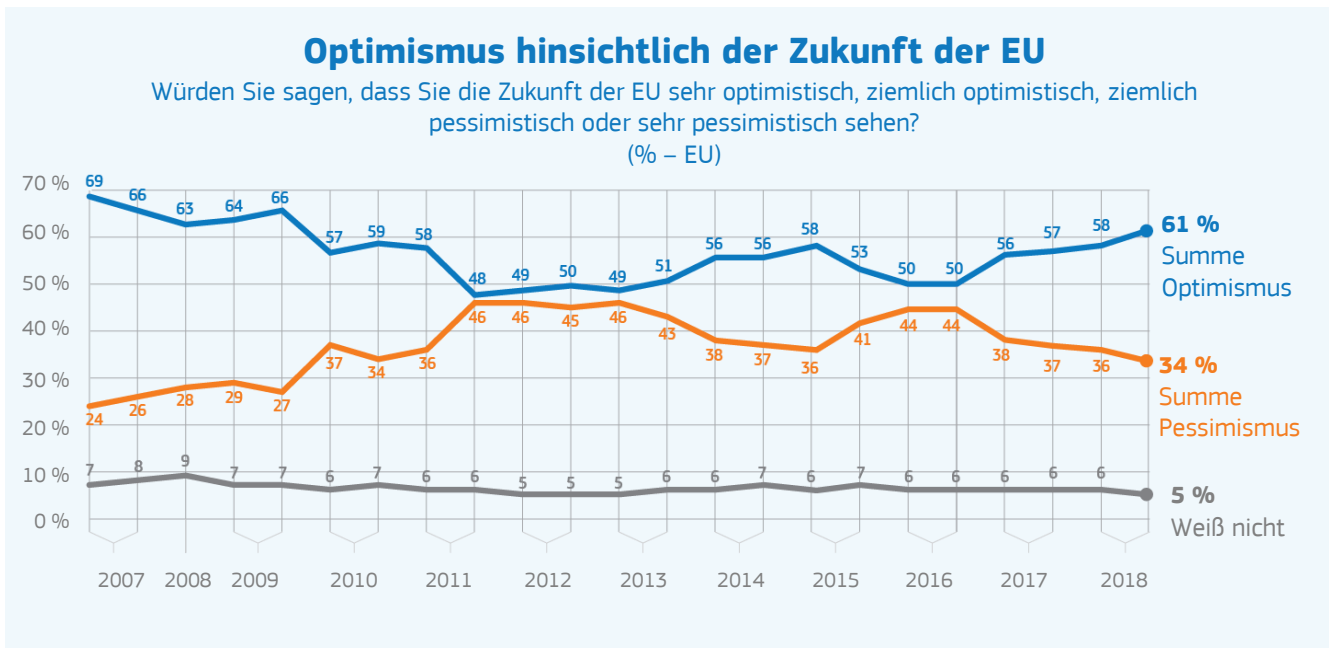
- ... die Europäische Kommission für den kommenden Programmplanungszeitraum des Programms Erasmus+ (2021-2027) vorschlägt, die Mittelausstattung auf 30 Mrd. EUR zu verdoppeln? Jedes Jahr bekommen mehr als 3,5 Millionen junge Menschen im Rahmen der Jugendgarantie eine Arbeitsstelle, eine Weiterbildungsmaßnahme oder einen Ausbildungs- bzw. Praktikumsplatz angeboten.
  - ... Menschen im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps Solidarität zeigen und den Schutzbedürftigsten helfen? Bis Ende 2020 werden 100 000 junge Menschen die Gelegenheit gehabt haben, an einer Tätigkeit des Solidaritätskorps teilzunehmen.
  - ... bis 2020 eine Million junge Arbeitslose an einer Qualifizierungsmaßnahme im Wege der Koalition für digitale Kompetenzen und Arbeitsplätze teilnehmen werden?
-

## SPÜRBARE FORTSCHRITTE

Den Bürgerinnen und Bürgern zuzuhören und auf ihre Sorgen einzugehen, lohnt sich.

Die europäischen Bürgerinnen und Bürger, die an diesen Dialogen teilgenommen haben, haben ihre Ansichten und ihre Vision für die Zukunft mitgeteilt. Nicht immer sind sie mit dem derzeitigen Europa zufrieden. Alle haben hohe Erwartungen, blicken aber eher optimistisch in die Zukunft.

Bestätigt wird dies durch die in der breiten Öffentlichkeit durchgeführte Eurobarometer-Umfrage von November 2018: Ihr zufolge schätzen drei von fünf Europäerinnen und Europäern die Zukunft der Europäischen Union positiv ein. Dies ist der höchste Wert seit 2009.



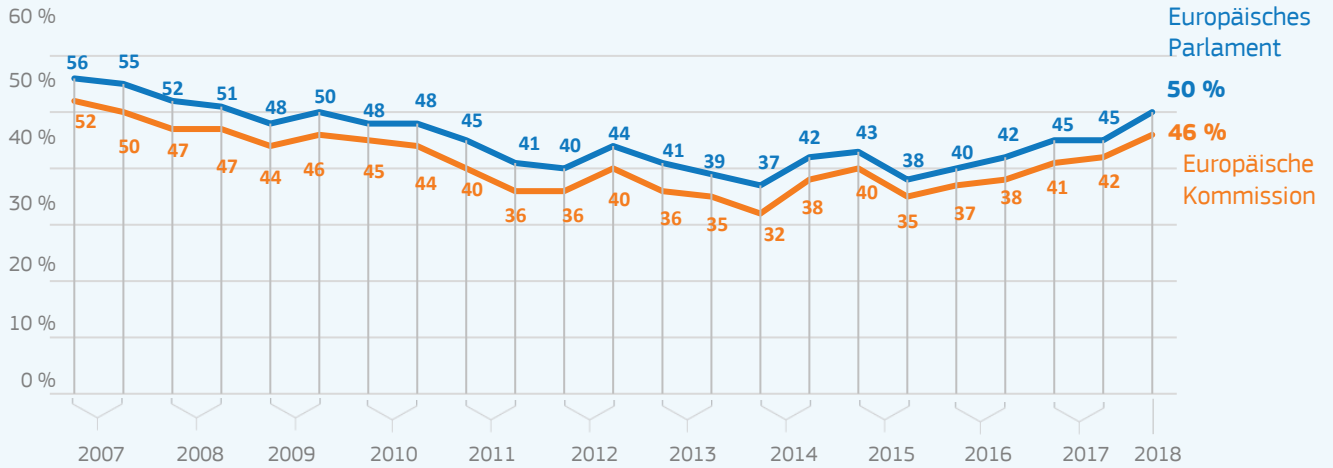
*Eurobarometer, November 2018*

Wie die europäischen Institutionen wahrgenommen werden, wird positiv beeinflusst, wenn der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern gehalten wird und ihre Sorgen und Erwartungen in die Politikgestaltung einfließen. Der jüngsten Eurobarometer-Umfrage zufolge haben 50 % der Menschen in der Europäischen Union eher Vertrauen in das Europäische Parlament und 46 % eher Vertrauen in die Europäische Kommission (der Wert ist gegenüber dem Frühjahr 2014 um 13 bzw. 14 Prozentpunkte gestiegen).



## Vertrauen in die europäischen Institutionen

Geben Sie bitte an, ob Sie den genannten europäischen Institutionen eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.  
(% – EU – eher vertrauen)



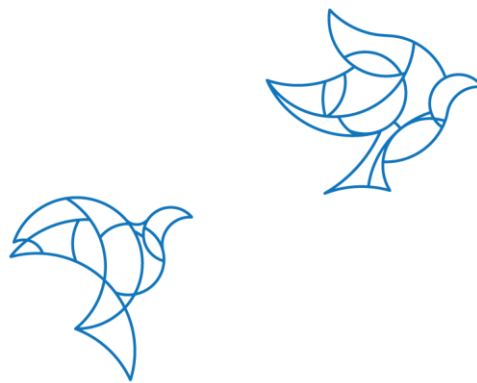
*Eurobarometer, März 2018*

Es liegt an uns allen, dafür zu sorgen, dass die auf unsere Zukunft in Europa gesetzten Hoffnungen und die positiven Einschätzungen Wirklichkeit werden und dass die Bürgerinnen und Bürger zu Wort kommen.



Der Präsident hat die Mitglieder des Kollegiums damit betraut, in den Mitgliedstaaten aktiv in einen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern und den Interessenträgern zu treten.





### **DISKUTIEREN SIE MIT!**

Nehmen Sie an  
Bürgerdialogen oder an  
der Online-Konsultation  
zur Zukunft Europas teil.

[https://ec.europa.eu/commission/future-europe\\_de](https://ec.europa.eu/commission/future-europe_de)





